

von
Luise Malchert

Die Autorin ist
Südostasienwis-
senschaftlerin an
der Universität
Bonn.

Wirtschaftswachstum und soziale Spannungen

Kambodscha verteidigt seinen Billiglohnsektor

35 Jahre nach dem Ende des Regimes der Roten Khmer bleibt Kambodscha ein zerrissenes Land. Zwar entwickelt sich das Königreich vor unseren Augen rasant – unzählige Baustellen, Infrastrukturprojekte, Einkaufszentren und Auslandsinvestitionen zeugen davon – doch dieser neue Reichtum ist ungleich verteilt.

Die Wirtschaft wächst, die *Asiatische Entwicklungsbank* prognostiziert ein Wachstum von über 7 Prozent für das Jahr 2014, aber die Kluft zwischen Arm und Reich wächst ebenfalls. Politisch und wirtschaftlich ist das Land seit dem Putsch 1997 fest in den Händen von Premierminister Hun Sen, der ein machtvolleres Netz aus Politikern der *Cambodia Peoples Party* (CPP) und der Wirtschaft aufgebaut hat. Es basiert auf Patronage, Korruption und Ausbeutung. Kambodscha zählt zu einem der am wenigsten entwickelten Länder, Armut ist allgegenwärtig, drei Millionen Kambodschaner leiden Hunger. Die Zahl der Menschen, die in Landkonflikten mit staatlicher Beteiligung ihr Haus und ihre Lebensgrundlage verloren haben, hat im März 2014 eine halbe Million erreicht.

Premierminister Hun Sen hat in den vergangenen 17 Jahren seine Vorstellung von einer gesellschaftlich-politischen Ordnung in dem von fast 20 Jahren Krieg und Terror traumatisierten Land durchgesetzt. Damit hat er – zumindest dem Anschein nach –

ein stabiles soziales Gefüge geschaffen. Unter seiner repressiven Regierung haben internationale NGOs, die lokale Zivilgesellschaft, lokale Organisationen und Medien Freiraum, für das große Projekt Entwicklung zu arbeiten, aber nur, solange Hun Sens Machtposition unangetastet bleibt. Eine Kultur der Angst und Unterdrückung, ein Erbe des Roten Khmer Regimes, hat die Menschen in Kambodscha gelähmt, in Selbstzensur geschult und Widerstand im Keim erstickt.

Und trotzdem, ruhig ist es in dem kleinen südostasiatischen Land längst nicht mehr: Massenstreiks der TextilarbeiterInnen, Proteste der Opfer von Zwangsräumung und Landenteignung, Regierungsboykott und Demonstrationen der erstarkten Oppositionspartei *Cambodia National Rescue Party* (CNRP), aber auch anti-vietnamesische Gewalt sind nur die Spitze des Eisbergs. Die Gefängnisse des Landes sind überfüllt, die Zahl derer, die wegen ihres Engagements für Menschenrechte inhaftiert sind, hat sich 2013 noch einmal verdoppelt.

Was hat sich geändert?

In Kambodschas Nachkriegszeit ist eine Generation herangewachsen, die weder Kriege noch den Staatsterror durch das Pol Pot-Regime erlebt hat. Die heute zwischen 18- und 30-jährigen machen mittlerweile 36 Prozent der Wählerschaft aus, 1,5 Millionen von ihnen sind Erstwähler. Sie sind vor allem geprägt durch ein korruptes Staatssystem (das bereits in der Schule anfängt), von sozialer Ungerechtigkeit und Arbeitslosigkeit. Anders als ihre Eltern ist diese Generation jedoch aktiver, fordernder und vernetzt: Soziale Medien sind neben den demographischen Änderungen wesentliche Faktoren der sich wandelnden politischen und sozialen Landschaft Kambodschas.

Streiks im Textilsektor

Das Lohnniveau in Kambodschas Textilfabriken ist eines der niedrigsten weltweit. Kambodscha produziert als Billiglohnland sowohl für internationale Markenunternehmen als auch für Discounter. Den Preis dafür zahlen die ArbeiterInnen, denn sie arbeiten für einen Hungerlohn. Der von der Regierung festgelegte Mindestlohn der Textilbranche macht ein Leben mit ausreichender Ernährung unmöglich. Der Verdienst reicht selbst mit Akkordarbeit und Überstunden bis in die Nacht nicht zum Leben und das

Arbeiterin
demonstriert
für einen Lohn
zum Leben:
160 US-Dollar
Foto: LICADHO



treibt die 650.000 Beschäftigten, vor allem junge Frauen, immer wieder auf die Straße.

2013 erlebte das Land eine wahre Flut von Arbeitskämpfen, fast wöchentlich fanden in irgendeiner der etwa 800, zum Teil nicht registrierten, Bekleidungs- und Schuhfabriken Streiks statt. Zur Jahresmitte hin verschärfte die Regierung ihre Gangart: Mit Gewalt wurde eine Demonstration in der Textilfabrik Sabrina beendet, zwei Frauen erlitten Fehlgeburten, Dutzende wurden verletzt, acht Gewerkschafter wurden monatelang interniert und Hunderte ArbeiterInnen verloren ihren Job. Nur wenige Monate später eröffnete die Polizei zum ersten Mal das Feuer auf streikende TextilarbeiterInnen. Tausende Beschäftigte von *SL Garment* demonstrierten gegen Niedriglöhne, inhumane Arbeitsbedingungen und die Entlassung von Gewerkschaftern. Ein Mensch starb.

Zum Jahreswechsel dramatisierte sich die Lage weiter. Die von der Regierung vorgeschlagene minimale Erhöhung des Mindestlohns wurde von mehreren Gewerkschaften abgelehnt, die stattdessen zu landesweiten Streiks in den Textilfabriken aufrufen. Aus Angst ließ die kambodschanische Vereinigung der Textilhersteller im ganzen Land alle Fabriken schließen, die Branche war komplett lahm gelegt. Vor dem Arbeitsministerium in der Hauptstadt Phnom Penh demonstrierten die ArbeiterInnen für eine sofortige Verdopplung des Mindestlohns auf 160 US-Dollar (116 Euro), einen Lohn zum Leben. Die Regierung versuchte, die Demonstrierenden mit einem Zuschlag von 5 US-Dollar zu beschwichtigen und erhöhte damit ihr ursprüngliches Angebot auf 100 US-Dollar Monatslohn. Damit blieb sie weit hinter den Forderungen von Gewerkschaften und ArbeiterInnen zurück. Als das Angebot abgelehnt wurde, stellte die Regierung den ArbeiterInnen ein Ultimatum, am 2. Januar 2014 wieder zurück an ihre Arbeitsplätze zu gehen. Das Ultimatum verstrich, daraufhin startete die Regierung eine Offensive, die sowohl die Streikenden in ihre Schranken weisen sollte, als auch die zur selben Zeit demonstrierende Oppositionspartei CNRP. Militärpolizei ging mit Waffengewalt gegen die Demonstranten vor. Bilanz nach drei Tagen Gewalt: mindestens vier Tote, ein vermisster 16-Jähriger, Dutzende Verletzte und Verhaftungen. Die Verhängung des Ausnahmezustands und der Schock über das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte lähmten jeden weiteren Widerstand.

Systematisches Vorgehen gegen Gewerkschaften

Nach den Protesten wurden mehr als 100 Gewerkschafter aus den Textilfabriken entlassen. Seit Dezember 2013 hat das Arbeitsministerium die Registrierung von neuen Gewerkschaften eingestellt und

Hürden für die Arbeit von Gewerkschaften aufgestellt. Gewerkschaftsvorsitzende müssen in Zukunft vorweisen, nicht vorbestraft zu sein. *Amnesty International* zeigt sich besorgt über die Rechtslosigkeit und mehr und mehr zu Tage tretende Staatswillkür in der Ausübung der Judikative. Im April 2014 standen 23 Arbeiter vor Gericht, die während der Massenproteste im Januar 2014 verhaftet worden waren. Ihnen drohen wegen Anstiftung zu Gewalt bis zu fünf Jahren Haft, der jüngste Angeklagte ist 14 Jahre alt.

Kambodscha steht an einem Scheideweg – Reform oder Repression. Die jüngsten Ereignisse zeugen vor allem von Gewalt. Dennoch gehen die Proteste weiter, im April 2014 demonstrierten 20.000 ArbeiterInnen von rund 30 Textilfabriken. Zum 1. Mai fanden die traditionellen Arbeiterproteste trotz eines erneuten Versammlungsverbotes statt. Und wieder gab es Verletzte.



Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Einzel exemplar: 3,50 EUR
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

www.antifainfoblatt.de
mail@antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifainfoBlatt

Kostenloses Probeexemplar